

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rotesstraße 16 b II.
Fernsprecher: Nr. 880.

Anzeigengebühr für die sechsgespaltene Kolonelle:
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Unser Verband in der 29. Kriegswoche.

Am Schlusse der Woche vom 14. bis zum 20. Feb. wurden in 430 Verwaltungstellen des Verbandes 316088 Mitglieder gezählt. Durch Neuaufnahmen und Zurückende erhöhte sich diese Zahl. Am Anfang der Woche vom 14. bis zum 20. Februar waren in 428 Orten 317205 Mitglieder. Im Laufe der Woche gingen 5547 Mitglieder ab, davon 1857 zum Militär. Am Schlusse der Woche wurden 318658 Mitglieder gezählt. Nicht eingetragene sind die Mitglieder in den Verwaltungen Bromberg, Tilsit, Ologau, Senftenberg, Stöttingen, Koburg, Rudolstadt, Tangermünde, Waltershausen, Heide, Neuwied, Neustadt a. S., Singen, Zweibrücken, Gindau. Aus diesen Orten sind keine Berichte eingegangen.

Als arbeitslos am 20. Februar wurden 7273 Mitglieder gezählt, das sind 2,3 vom Hundert der Mitglieder. In der Vorwoche wurden 2,4 Prozent Arbeitslose gezählt, es trat also wieder ein kleiner Rückgang in der Arbeitslosigkeit ein.

Die Mitgliederbewegung und die Arbeitslosigkeit in den Bezirken zeigt folgende Tabelle:

Übersicht über die Zeit vom 14. bis 20. Februar 1915.

Bezirk	Wochenbeginn	Wochenende	Zunahme	Abnahme	Netto	Arbeitslos	Prozent	Ausgaben
1. Bezirk	33	7436	101	30	7335	102	1,4	688
2. "	23	6958	88	58	6870	113	1,6	818
3. "	32	9477	154	86	9325	217	2,5	1117
4. "	56	49287	640	331	48647	865	1,8	3942
5. "	78	37347	629	379	36718	312	0,8	1384
6. "	43	41721	459	218	41262	348	0,8	2119
7. "	39	35054	725	375	34329	149	0,4	1361
8. "	27	14714	242	148	14472	192	1,3	543
9. "	50	23897	262	118	23635	2157	9,1	2875
10. "	46	26841	247	114	26594	1461	5,5	4363
11. "	1	64473	?	?	64473	1337	2,1	5698

Zus. 428/317205, 3547, 1857, 318658, 7273, 2,3, 24908
* Einschließlich der im Laufe der Woche Zugewonnenen und Neuaufgenommenen.
Ein Vergleich der Verhältniszahlen über die Arbeitslosigkeit in dieser Aufstellung mit der Vorwoche zeigt, daß im ersten, siebenten und neunten Bezirk keine Veränderung eintrat, und für den zweiten und achten Bezirk eine kleine Zunahme der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen ist. In den übrigen Bezirken trat ein Rückgang der Arbeitslosigkeit ein. Am stärksten war dieser im dritten Bezirk.
Die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung beliefen sich in der Berichtswoche auf 24908 M. Zu beachten ist bei etwaigen Schlussfolgerungen, daß Pfortgen mit seiner Hauptsumme diesmal fehlt und daß ein großer Prozentsatz der Arbeitslosen weibliche Personen sind.
Nachstehend geben wir wieder eine zusammenfassende Übersicht über die Ergebnisse der bisherigen Erhebungen.

Berichtswoche	Verwaltungstellen	Arbeitslos	Prozent	Ausgaben
1. August 1914	—	—	—	533814
1. - 4. Bon. 2. 8. bis 29. 8.	422	30	143343	377756
5. - 8. = 30. 8. = 26. 9.	384	68	15391	351804
9. - 13. = 27. 9. = 31. 10.	433	13	13468	349271
14. - 17. = 1. 11. = 28. 11.	493	13	9350	338472
18. - 22. = 29. 11. = 2. 1. 15.	415	30	11091	328565
23. - 26. = 3. 1. = 30. 1. 15.	422	20	7117	316822
27. = 31. 1. = 6. 2. 15.	427	15	1933	315844
28. = 7. 2. = 13. 2. 15.	430	12	2034	315088
29. = 14. 2. = 20. 2. 15.	428	15	1857	318658
Zusammen	—	—	205584	—

Von dem am 1. August 1914 vorhandenen 533814 Mitgliedern waren bis zum 20. Februar dieses Jahres 205584 zum Militär eingezogen. Die Summe der Arbeitslosenunterstützung vom 3. August 1914 bis 20. Februar 1915 belief sich auf 504544 M.

Die westliche Schwerindustrie im Weltkrieg.

I.

Die von Professor Dr. Ludwig Stein herausgegebene und in des Schlesiens Buchdruckerei, Kunst- und Verlagsanstalt von G. Schottländer H. G. in Breslau erscheinende Monatschrift Nord und Süd hat als Februarheft eine Kriegs-Sondernummer. Die westliche Schwerindustrie im Weltkrieg" herausgegeben, in der auch eine Anzahl Vorträge der Schwerindustrie und der Bergbauunternehmen zum Wort kommen.

Der in der Februarnummer der Monatschrift führende Aufsatz "Durchhalten!", vom Herausgeber geschrieben, erklärt am Schluß nach England gerichtet:

"Nicht der Übermenschen" ist der Aufbeißer deutschen Wesens, sondern der kategorischen Imperativ" Kant's. Die Deutschen sind kein Ruhewolk, sondern ein Pflichtwolk. Das Deutsche Reich fördert nicht auf das Wort Reiches, sondern auf das Kant's: Der gestirnte Himmel über mir, des moralische Gesetz in mir!"

Dabei wäre unseres Erachtens aber doch zu untersuchen, ob nicht als Grund und auch als Ursache der Pflicht doch wieder der Nutzen in Frage kommt. Ob es jenseitig zum Bewußtsein kommt, halten wir nicht für ausschlaggebend. Man braucht ja auch dem Nutzen nach dem Nutzen nicht immer einen üblen Gehmaß beizulegen. Suche deinen Nutzen braucht nicht zu heißen: mißachte den Nutzen der anderen!

Wir führen die in dem Aufsatz Steins als Gegenfäße gebrauchten Begriffe Pflicht und Nutzen hier nur an, weil sie durch die nach-

folgenden Arbeiten über die Schwerindustrie im Weltkrieg in eigene Beleuchtung gerückt werden.

Den Reigen dieser Auslassungen eröffnet der Direktor Müller der Firma Gebr. Stumm in Neunkirchen an der Saar: "Die deutsche Eisenindustrie im Weltkrieg" ist die Ueberschrift seiner Ausführungen. Müller schreibt:

"In der letzten Juliwache fanden unter Beteiligung von hervorragenden Vertretern der gesamten deutschen Eisenindustrie in den Veranlassungen des Stahlwerksverbandes in Düsseldorf Beratungen statt, deren Ergebnis von grundsätzlicher Bedeutung und großer Tragweite für die weitere Entwicklung und Ausgestaltung der Verkaufsorganisationen dieses gewaltigen Erwerbszweiges gewirkt wären. Es handelte sich um die Vollendung des Stabeisenverbandes, einer gemeinsamen Verkaufsstelle für ein Walzgut, dessen Bedeutung die gesamte, durch den Stahlwerksverband verkauften Erzeugnisse nahezu erreicht und an dessen Herstellung alle großen, mittleren und sehr viele kleinere deutsche Eisenwerke im Norden und Süden, im Osten und Westen beteiligt sind. Von den Vorberhandlungen, die durch die Vertreter der Werke in Kommissionen und Vollversammlungen in sorgfältiger Weise geführt worden waren, ist damals nicht viel in die Öffentlichkeit gedrungen. In der Woche vor Ausbruch des Krieges sollte dem im Hohenfelsen Gebäude das Dach aufgesetzt werden und die Ausschichten für das Zustandekommen dieses gewaltigen Unternehmens waren nicht ungenügend. Durch den Eintritt des Kriegszustandes und die Mobilmachung wurden diese Verhandlungen jäh unterbrochen. Die Vertreter der Werke mußten abreisen, da ihre Anwesenheit auf den Werken, wo die gewaltigsten Umwälzungen umfangreiche neue Anordnungen erforderten, unbedingt geodert erschien. Die Werkleiter wurden vor völlig neue, wohl meist auch unvorhergesehene Aufgaben gestellt. Seitdem ist fast ein halbes Jahr vergangen, und heute mit berechtigtem Stolz behaupten, daß diese schwierigen Aufgaben in glänzender Weise gelöst worden sind. Denn alle Hinderläufe, wenn auch langsam weiter, und überall hat man sich den neuen, teilweise gänzlich veränderten Verhältnissen anzupassen und anzuschmiegen gewußt. Von welcher Wichtigkeit dies ist, nicht nur für die Unternehmungen selbst, sondern auch für ihre Arbeiter, für deren Angehörige und für die mit ihrem Wohl und Wehe eng verbundene Bevölkerung, also auch für das gesamte Wirtschaftsleben der betroffenen Bezirke und schließlich für den guten Fortgang des Krieges, das kann nur derjenige richtig erkennen, dem der Umfang dieser Unternehmungen, ihre mannigfaltige Verschiedenartigkeit und ihr Zusammenhang mit dem Heereswesen bekannt sind. Alle vorhandenen Kräfte mußten zusammenwirken, um diesen bedeutsamen Erfolg zu erringen."

Es wird dann erwähnt, daß auch Zivil- und Militärbehörden alles aufgeben hätten, um die zu Beginn des Krieges unübersehbar erschienenen Schwierigkeiten zu bewältigen. Die Eisenbahnerverwaltung bekommen ihr besonderes Lob. Die ungeheure Bedeutung der notwendigen Aufrechterhaltung der Eisenindustrie für Volkswirtschaft und Kriegführung wird weiterhin eingehend gewürdigt, worauf es heißt:

"Die großen Schwierigkeiten, die sich dem besonders im Anfang des Krieges entgegenstellten, sind dank der umsichtigen Lenkung unserer Unternehmer jetzt fast völlig überwunden worden. Die Schwierigkeiten waren verschieden, je nach der geographischen Lage der Kohlen- und Hüttenwerke. Die an der Grenze gelegenen Hütten, besonders die in Lothringen und an der Saar, die im Aufmarschgebiet des Heeres lagen, mußten ihren Betrieb wochen- und monatelang fast ganz stilllegen und konnten nur allmählich die Erzeugung langsam wieder aufnehmen, während die mehr im Innern des Landes gelegenen Bergwerke und Hütten ohne Unterbrechung, wenn auch beschränkt, weiterarbeiten konnten."

Es fällt ja nicht auf, daß die Wortführer der Schwerindustrie die Verdienste der Arbeiter, an der hervorgehobenen Bedeutung der Unternehmer gemessen, kaum weiter beachten. Zeitgehalten seien besonders die folgenden Sätze Müllers:

"Bei dem modernen Hüttenbetrieb hängen mehr oder weniger alle anderen Betriebe von einem geregelten Hochofenbetriebe ab, da die Gase der Hochofen in der verschiedensten Weise verwendet werden, sei es für die Erzeugung von Elektrizität durch Gasmaschinen oder für Beheizung von Warmöfen aller Art, oder für die Dampferzeugung durch Verbrennung unter Gasfeldern und so weiter. Man mußte also überall versuchen, wenigstens einige Hochofen im Feuer zu halten, weil davon auch die weitere Beschäftigung und Verdienstmöglichkeit für die Arbeiter abhängig war. Viele Hochofen hatten auch Lieferungsverträge mit Städten und Behörden für Gas oder Elektrizität, deren Unterbrechung von sozialer Wirkung gewesen wäre. Eine große Anzahl von Hochofen mußte natürlich sofort ausgedient werden: da aber deren spätere Inbetriebnahme große Kosten verursacht, hat man gesucht, möglichst viele Oefen zu dämpfen, das heißt, sie unter luftdichten Abschluß im Feuer zu lassen, so daß sie notfalls nach Monaten ohne weiteres wieder angeblasen werden können."

"Notfalls nach Monaten." Daran werden die Arbeiter denken, wenn die Forderungen der Sozialpolitik wieder in ihre Rechte treten werden. Verlangten die Hochofenarbeiter ihre Sonntagsruhe, dann wurde sonst oft gesagt, es sei nicht möglich, die Arbeit an den Oefen solange zu unterbrechen. Wir haben solche Redereien auch früher zurückgewiesen und erklärt, daß es doch technisch möglich sei. Nun haben wir eine neue gewichtige Stütze für unsere Ausführungen.

Aus den gegebenen zahlenmäßigen Uebersichten über die Erzeugung in den Kriegsmonaten geht hervor, daß die Werke im Rheinland und Westfalen am wenigsten beeinträchtigt wurden. Befreit werden die Meister, Beamten und Ingenieure der Werke, weil sie nach der Anpassung der Industrie an die Kriegslage bei dem Mangel an geschickten Arbeitern einen schweren Stand hatten.

Es galt in erster Linie, für die vielen fehlenden gesamten Arbeiter neue Kräfte heranzubilden und sie in möglichst kurzer Zeit mit ihrer neuen Beschäftigung vertraut zu machen. Da fast täglich weitere Arbeiter und Beamte einberufen werden, so muß diese große Gemeinheitspflicht und Pflichterfüllung voraussetzende Arbeit stets von neuem geleistet werden. Die Eisen- und Stahlindustrie mit dem ihr verwandten Maschinenbau stellt ein recht beträchtliches Kontingent zur Fahne: es dürften im allgemeinen etwa 30 bis 40 Prozent aller Arbeiter sein, in den Grenzbezirken dagegen 40 bis 45 Prozent, die unter den Waffen stehen. Meist sind es geschickte und in ihrem Beruf tüchtige Männer, die auch im Kriege ihrem Vaterlande hervorragende Dienste leisten werden. Bei dem Mangel an geschulten Arbeitern hat

man auch Arbeitslose aus anderen Bezirken herangezogen, doch gelang es bisher nicht, den Bedarf in befriedigender Weise zu decken."

Ueber die Rohstoffversorgung heißt es bei Müller:

"Wenn es gelingt, die deutschen Lothringer Gruben bald wieder auf die Höhe ihrer Förderung zu bringen, so wird kein Mangel an diesem Rohstoff (Eisenerz) eintreten, zumal die in Deutschland vorhandenen großen Erzmengen in Siemens-, Martin- und Elektro-Stahlöfen in guten Stahl umgewandelt werden. Es werden auch in deutschen Hochofen heute schon diejenigen Erze verhüttet, die man in den eroberten französischen und belgischen Gebieten vorgefunden hat."

Wir hören weiter, daß die Ausfuhr Englands an Eisen- und Stahlwaren im vergangenen Jahr gegen das Vorjahr um 42,6 Prozent zurückgegangen ist.

Wiederholt werden die Verdienste der Betriebsleiter und der Unternehmer sowie die Opferwilligkeit dieser hervorgehoben: "Zäh und hart, wie deutscher Stahl, suchen die Unternehmer die Werke, die sie und ihre Vorposten mit andauerndem Fleiß und harter Beharrlichkeit aufgebaut haben, zu erhalten und zu festigen. Dabei leisten ihnen ihre mit vieler Mühe geschaffenen wirtschaftlichen beruflichen Organisationen treffliche Dienste." Die Arbeiter und ihre Verbände werden da wieder ganz übersehen. Bekannt wird schließlich, daß der Walzdrahtverband und das Weißblech-Verkaufskontor dem Krieg zum Opfer gefallen sind, aber es wird zugleich bemerkt, daß sich schon wieder fleißige Hände regen, um neue unersättliche Gebilde zu schaffen.

Der Vorsitzende des Vorstandes der Eisenhütten- und Bergwerks-Aktiengesellschaft, Geheimrat Emil Rirdorf, behandelt dann die Fragen Landwirtschaft, Handel und Schwerindustrie im Weltkrieg. Er singt ein hohes Lied der Bismarckschen Jollpolitik und der Unternehmervorbände. Bei der Schilderung der Wirksamkeit des Kohlenstudiums werden die verschiedenen Strömungen in den Unternehmerkreisen gewürdigt, wobei dem Leser der Kriegssondernummer von Nord und Süd wieder in den Sinn kommen mag, was in Einleitungsartikeln über Pflicht und Nutzen geredet wurde. Rirdorf macht aus, daß der wirtschaftlich vernünftig Urteilende bei bestimmten Umständen doch lieber auf das Syndikat verzichten würde, so bedauerlich es sei, eine Verkaufseinrichtung verlassen zu lassen, die in gleicher Vollkommenheit später nie wieder aufgebaut werden könne. Rirdorf rortiert auch ohne Umschweife Anzeigungsgelüste für den Friedensschluß, wobei er meint, deutsche Gedanken und Wünsche seien es nicht gewesen, die schon zu Beginn des Krieges in den preussischen Jahrbüchern die Beratung losgelassen hätten, keine napoleonische Eroberungspolitik zu treiben, sondern uns mit dem Sieg zu bescheiden, unsere Angreifer aber möglichst ungeschädigt zu lassen. Bismarck habe uns andere Wege gelehrt und dem deutschen Volk, nachdem er es einig gemacht, die Pflicht auferlegt, diese Wege zu gehen, als Volk rücksichtslos nur den eigenen Vorteil zu wahren! Herr Rirdorf ist aber — wie man sieht — in seiner Weise Pflicht und Nutzen eins!

Der wirtschaftliche Hintergrund der Revanchepolitik.

Edelmüt oder kapitalistischer Eigennutz?

Aus welchem Grunde kämpft Frankreich eigentlich? Und der französische Patriot antwortet also: Aus Liebe zur Volkssfreiheit und Menschlichkeit! Bei unseren Feinden ist die Triebfeder des Krieges die Sucht nach mehr Macht, mehr Land, mehr wirtschaftlichen Vorteilen; bei uns Franzosen aber die Sehnsucht nach den uns geraubten Provinzen. Die feindlichen Armeen suchen und sterben für schandlos imperialistischen oder kapitalistischen Gewinn: das französische Heer streitet und opfert sich für die Befreiung der Elsas-Lothringer. Und wir streiten und bluten nicht nur für die Freiheit unserer unterjochten Landsleute jenseits des Wasgenwaldes, sondern auch für das freie Selbstbestimmungsrecht, die nationale Selbständigkeit der (preussischen) Polen und Dänen, ja selbst für die Erlösung des deutschen Volkes vom kaiserlichen Imperialismus, der auf ihnen wie auf uns gleich schwer lastet."

So denkt der gute Bürger, so verkündet der eruchte Ministerpräsident im Parlament, so schreiben die gewöhnlichen Volkswarblätter, so ähnlich sprach ein hervorragender französischer Genosse auf der Londoner Zusammenkunft vor ein paar Wochen. Eine derartige Einseitigkeit gebietet Achtung, kann aber die Zweifel nicht bannen. Solchen uneigennütigen Beweggründen mögen die Gedanken und Handlungen des Mannes von der französischen Straße entgegenbringen, der noch erfüllt ist von der Ueberlieferung des revolutionären Frankreich, der bewegt wird vom gallischen Temperament. Ob aber auch bei der kaltschnelnden Bourgeoisie, bei der herrschenden Klasse, die nicht besser ist als irgend eine andere, ist recht fraglich.

Nicht nur die Wohlthätigkeit, auch die Liebe zur Volkssfreiheit hat daheim zu beginnen. Daß Frankreichs herrschende Klasse daheim mehr Liebe zur Volkssfreiheit gezeigt und betätigt hat, als die eines anderen Landes, steht nirgends geschrieben; noch weniger hat sie sich um das freie Selbstbestimmungsrecht fremder Völker gekümmert, wie Alger, Tunis, Marokko genauam dort, wo — um mit Herrn zu reden — die Eingeborenen schlummer wie gemeine Herden behandelt werden, viel schlimmer, als das kaiserliche Deutschland die Elsas-Lothringer behandelt. Wenn nur eine herrschende Klasse im eigenen Lande keine Neigung für die Erlösung der Unterdrückten hat und in ihren eigenen Kolonien des Selbstbestimmungsrechts, die Zeitjüngigkeit der Völker oder die ... mißachtet, mit Füßen tritt, wie sollte sie mit einem Volk aus purem Edelmüt mit ihrem ganzen Gewicht für die Erlösung der Elsas-Lothringer, Polen und Dänen, ja selbst für die des deutschen Volkes vom Imperialismus eintreten? Eine solche Uneigennütigkeit hat die Wahrscheinlichkeit gegen sich, ist nachgerade verdächtig. Sollte diese erwachte Liebe für die Völker jenseits des Wasgenwaldes nicht Beweggründe mit weniger schön

Wingenden Namen entspringen? Sollte der Urquell der Revanchepolitik nicht wirtschaftlicher, rein kapitalistischer Art sein?

Ohne Zweifel ist bei der französischen Bourgeoisie der Nationalstolz stärker entwickelt als beispielsweise bei der deutschen. Wie sie sich auch zur Staatsform oder dem politischen Glaubensbekenntnis nach stellen mag, die Verletzung ihrer Eigenliebe im Jahre 1870 hat sie nie vergessen können. Die Toten von Siebzug beherrschten tiefgehend ihre Stimmung und Politik. Freilich nicht immer in gleich starkem Maße. Es gab eine Zeit, und sie liegt kaum ein Jahrzehnt zurück, wo das vollständige Verschwinden der gereizten Stimmung, die Annäherung, wenn nicht gar ein Zusammengehen der Feinde von gestern nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeit schien. Die aktive und passive Unterstützung der Auslandspolitik Frankreichs durch Deutschland, das gemeinschaftliche Vorgehen beider im Jahre 1894 am Kongreß gegen England, ein Jahr später in Asien gegen Japan und noch manches andere bildeten Anzeichen für die Wandlung des gegenseitigen Verhältnisses zum Besseren.

Die Hoffnungen der Freunde der Annäherung wurden noch besonders von den unteren Volksschichten gestärkt. In diesen hatte der Revanchegedanke schon längst seine alte Herrschaft eingebüßt. Die Bauernschaft, die die Hälfte des französischen Volkes ausmacht, glaubte beßeres zu tun zu haben, als auf die Lockrufe Déroulès zu hören; die industrielle Arbeiterschaft hielt ihren Kampf gegen ihre Bourgeoisie wichtiger, als den mit ihrer Bourgeoisie gegen Deutschland. Noch Jahre nach der Jahrhundertwende konnte man auf allen französischen Industrie- und Landstraßen genug Beweise für die Gleichgültigkeit an dem Revanchegedanken finden.

Die deutsche Weisheit hat viel dazu beigetragen, dem französischen Kolonialreich seine heutige Größe erreichen zu lassen. Noch ehe in Deutschland das Streben nach Kolonialbesitz voll eingesetzt, war Frankreich zur zweitgrößten Kolonialmacht der Welt geworden. Heute sind seine überseeischen Besitzungen 15mal größer als das Mutterland, dreimal größer als das deutsche Kolonialgebiet. Dieser gewaltige Zuwachs an Land und Menschen hätte den Ehrgeiz der „Grande Nation“ voll auf befriedigen können.

Das „strebende Vaterland“.

Allein der kapitalistische Staat hat die Kolonien nicht nur zur Befriedigung seines Ehrgeizes, sondern vor allem auch, um aus ihnen die in den die Mägen zu schlagen. Dieses kann nur geschehen, wenn die Gebiete beherrscht, erforscht, ausgebeutet und handelsmäßig zugänglich gemacht werden. Um aber Kolonien auszubenten, Rohstoffe zu gewinnen, den Handel zu steigern, bedarf es vorerst im Mutterland ein an Zahl und Unternehmungsgewissheit wachsendes Geschäft mit einer leistungsfähigen Industrie. Daran gebricht es aber der „Grande Nation“ in jeher empfindlichem Maße.

Dieser Mangel macht sich auch auf dem von Frankreich „finstere Waffe“, durch das Geld, die Kapitalverleihung geschaffenen Gebiete bemerkbar. Der französische Kapitalist hat Vertrauen zum russischen Staat, zu jeder südamerikanischen Republik, zu fragwürdigen Unternehmen auf dem Balkan, aber wenig oder gar nicht zu seiner eigenen Industrie. So wandern die mühselig gesparten Franken milliardenweise in alle Welt. Die französische Regierung bemüht sich, die Gewährung von Anleihen von der Gewährung möglichst vieler Vorteile für ihre Finanz- und Industrie in Gestalt von Konzessionen und Befreiungen abhängig zu machen. Die so erhandelten Vorteile können, wenn die Klagen nicht sämtlich unbegründet sind, nicht in der wirtschaftlichen Grundsätzlichkeit wahrgenommen werden wegen dem schlechten Stand der wirtschaftlichen Tätigkeit. Um nur eine dieser Klagen anzuführen: Frankreich leihe Kupferland im Durchschnitt jedes Jahr eine Milliarde. Von der Riesensumme käme Frankreich nur wenig zugute, der Löwenanteil aber wandere in die Tasche der deutschen Industrie für Maschinen, Waffen, Schiffe etc., käme gerade dem Staate zugute, dem zusehend ja eigentlich erst das Geld in Frankreich für Kupferland flüchtig werde.

Eigentlich hat Frankreichs Wirtschaftsleben in den letzten Jahren einen ziemlich Aufschwung genommen; aber es kann keine Rede davon sein, daß es seine Nebenbuhler Deutschland, England und Amerika wieder einholen kann. Im Gegenteil; in dem Wettkampf mit diesen Staaten bleibt Frankreich immer weiter zurück. Um eine lange Geschichte kurz zu machen: Obwohl Frankreich von der Natur eigens für einen Großhandelsstaat geschaffen scheint, ist sein Außenhandel von 1902 bis 1911 nur um 4,1 Milliarden Mark gestiegen, der deutsche dagegen um 8,2, der englische um 9,5, der amerikanische um 5,5 Milliarden. Etwa vier Fünftel des französischen Außenhandels wird von fremden Schiffen befördert; das bleibende Fünftel hätte die fremde Schifffahrt wohl auch schon zum guten Teil an sich gezogen, wäre der Warenverkehr mit den Kolonien nicht der französischen Schifffahrt gehindert. In der Rohstoffherzeugung der Welt ist Frankreich nur mit 3,9 Proz. beteiligt (Deutschland mit 12 Proz.); seinen Kohlenbedarf deckt es nur zu zwei Dritteln selbst; in der Baumwollherzeugung steht es jetzt an vierter Stelle. Selbst große, zu Lande gelegene Staats- oder Bahnanlagen wie Lokomotiven und dergleichen werden der geringen industriellen Leistungsfähigkeit wegen dem Ausland überlassen. Dieser unangenehme Stand der Dinge erhält erst seine ganze Bedeutung, wenn man bedenkt, daß Frankreich vor kurzen Jahrzehnten noch in vielen Zweigen an erster oder zweiter Stelle in der Reihe der Industrieländer stand.

Die heilige Hoffnung, die verlorenen Stellung wieder zu erlangen, wird durch die Abnahme der Bevölkerung heillos verunmöglicht. Frankreichs Jahreszunahme an Menschen beträgt etwa ein Sechstel von Hundert. Dieses Mehr, und wohl noch darüber hinaus, ist bei der Einwanderung aus Belgien und Elßas zu verzeichnen. Deutschland Bevölkerung nimmt an einem Tage mehr zu als die Franzosen in einem Monat. Alle die Mittel, die gegen diesen Menschenzuwachs gewendet und angewendet wurden, haben sich als gänzlich erwieisen. Die „Grande Nation“ ist zum „strebenden Vaterland“ geworden.

Der französische Staatsbaum hat in einigen Jahrzehnten sein Gesicht weit angeordnet, in vier Erdteile verstreut, überschattet ein Gebiet 15mal größer als das Mutterland, aber sein Stamm, der wirtschaftliche und wirtschaftliche Träger der Nation ist die breite, geschoßene Bauernschaft, in wozu geworden, wird immer weniger, vermag dem Staat nicht die Stütze zu sein, die notwendig ist, um die goldenen Früchte zu ernten. Der Stamm - Frankreich - bedarf deshalb, er bedarf sehr dringend neuer Kräfte, jüngerer Menschen mit Lebensenergie und Unternehmungsgewissheit. In dieser eheernen Lastgehe müssen die Kräfte des Patriotismus, des Nationalstolzes und des Ehrgeizes auch die auf das Reich geübten kapitalistischen Hoffnungen sein.

Das alles wird nicht besser als die französische Bourgeoisie, und auch, daß, weil sie im Weltkampf der Völker nicht noch weiter ins Hintertreffen geraten, weil die von den Kolonien erzielte goldene Ernte nicht ausbleibe, daß sie dem „strebenden Vaterland“ neue Lebenskräfte zuführen muß. Aber woher sie nehmen?

Elßas-Lothringen die Hoffnung.

Das strebende Auge hat auf Elßas-Lothringen gehoben, auf den zwei reichen Provinzen, die von einer wachsenden Bevölkerung besetzt, von französischer Sitte und Sprache durchzogen sind. Elßas-Lothringens Bevölkerung, die heute an die zwei Millionen betragen mag, ist in den letzten vierzig Jahren um 21 vom Hundert

gewachsen, ungerechnet die Menschen, die nach Frankreich abgewandert sind, deren Zahl auf 460 000 geschätzt wird. Von ihrem Fleiß und Unternehmungsgewinn zeugen die Bergwerke, Fabriken, Eisenhütten, Kanäle, Häfen, aufgeförderte Wälder, blühende Gärten und reichbelebte Städte. „Unter der deutschen Herrschaft hat Elßas-Lothringen einen Aufschwung genommen, den es vor der Einverleibung nicht gekannt hat. Schulen, Straßen, Bahnen, öffentliche Plätze, Denkmäler, Werke, große Warenhäuser haben das alte französische Elßas-Lothringen umgewandelt. Die deutsche Verwaltung schien in ihrer Tätigkeit, Unternehmungskraft und Klugheit einer prächtigen See gleich.“ (G. Hervé: L'Alsace Lorraine.) In den vier Jahrzehnten nach der Einverleibung (stieg die Förderung der elßas-lothringischen Bergwerke von 1 Million auf 19,5 Millionen Tonnen, die Erzeugnisse der Gürtelindustrie von 222 000 auf 2 722 000 Tonnen, aus den 768 Kilometer Eisenbahn sind es 2100 Kilometer geworden. Der Besitz der zwei Provinzen brachte der „Grande Nation“ neben den gewaltigen politischen, militärischen und zahlenmäßigen Vorteilen erhöhte Ansehen im Völkerreigen. Der Besitz der elßas-lothringischen Kohlengruben, Erzküsten, Schlacken mit den Bahnen, Kanälen und Häfen konnte der französischen Volkswirtschaft neuen Schwung geben. „Die zehn oder fünfzehn Millionen Tonnen des Kohlenbeckens an der Saar gleichen unsere (Frankreichs) Förderung und unsern Verbrauch an Kohle aus.“ (M. Barrès im Echo de Paris.) Die 450 000 Köpfe zählende Industriebevölkerung mit ihrem gutgeschulten Stab von Ingenieuren, Technikern und Meistern könnte der französischen Industrie den Kräftezuwachs verleihen, dessen sie so sehr bedarf.

Diese Erwägungen haben die französische Bourgeoisie immer, wenn auch in zeitlich wechselnder Stärke, beschäftigt. Den Grad ihres Einflusses auf die Politik kann man heute noch nicht ganz erfassen. Vor der großen Öffentlichkeit trat freilich das kapitalistische Ziel stets als die Liebe, als der uneigennütige Drang für die Befreiung der unterjochten elßas-lothringischen Brüder auf. Für die herrschende Klasse hat das berühmte Wort: Pensons y toujours, mais n'en parlons jamais (Denk immer daran [an Elßas-Lothringen], aber sprich niemals davon), allmählich den Sinn bekommen: Denke immer an die elßas-lothringische Deute, aber sprich niemals davon. Denn sonst wäre die Klasse des Volkes nie für die Wiedergewinnung der beiden Provinzen zu begeistern gewesen.

Die Gleichgültigkeit der Bauern und Industriearbeiter an der elßas-lothringischen Frage wurde schon erwähnt; ihre Lösung hätte ihnen nur Opfer an Gut und Blut gekostet. Aber ihnen gegenüber steht der kleine Kreis von Finanzleuten, Großindustriellen und politischen Strebern, der die große Presse ausfüllt, die Feder besolbet, die Regierung beherrscht, die Wahlklassen speist; der dank seiner Mittel, seines Einflusses und Geschicks die Möglichkeit hat, die Welle der patriotischen Begeisterung zu entfachen, seinen Zwecken dienlich zu machen. Als eines seiner geschicktesten, seiner eifrigsten Werkzeuge wird die Cassé genannt. Mit dessen Antritt im Ministerium des Reichs wurden die Hoffnungen auf eine deutsch-französische Annäherung wieder gemindert. Die Einkreisungspolitik wurde nun rücksichtslos betrieben, die russische Freundschaft durch Willkürdengesetze jester geschickt, französische Zeitungsschreiber in Masse nach Elßas-Lothringen geschickt, in der Boulevardpresse nahmen die traurigen Geschichten von der Unterdrückung, der unmaßstäblichen Qual der verlorenen Provinzen wieder überhand, die elßas-lothringische Frage bildete die Unterlage für viele Reden. Dieser unleserlich geschickt betriebenen Stimmungsmache ist der Erfolg leider nicht versagt geblieben: „Die Befreiung der unterjochten elßas-lothringischen Brüder“ ist wiederum zum Evangelium von ganz Frankreich geworden. Und dennoch kämpft und blutet das französische Volk, wie manches andere, letzten Endes um nichts anderes, als für die ureigensten Zwecke seiner herrschenden Klasse. Freix sum mer.

Belgien und seine Bevölkerung.

Belgien ist ein verhältnismäßig kleines Land; sein Flächeninhalt beträgt rund 29500 Quadratkilometer oder ungefähr doppelt so viel wie der des Königreichs Sachsen. Der größte Teil der Fläche Belgiens erinnert an die Bodenformen, die Siedlungsweise und das Arbeitsleben der im Osten angrenzenden preussischen Rheinprovinz, sowohl ihrer dichtbevölkerten Industriebezirke wie ihres armen öden Berglandes. Der ärmste Teil Belgiens ist der Ardennenwald in den Provinzen Luxemburg und Namur. Dieses Gebiet ist nur dünn von Wallonen besiedelt, die einen Zweig des französischen Sprachstammes bilden. Sonst überwiegt die flämische Bevölkerung, die zu weiträumigen Gemeinden vereint sind; dazwischen trifft man kleinere Städtchen als Mittelpunkte des bescheidenen Verkehrs. Die Täler bilden tiefe gemauerte Furchen, die in das Hochland einschneiden. Nur das Tal der Maas ist ein breiter Verkehrsweg mit regem Wirtschaftsleben. Der wichtigste Ort dieses Tales ist Namur, das zwischen den beiden Kohlenfeldern und Industriebezirken von Charleroi und Lüttich gelegen ist. Lüttich, das seit dem frühen Mittelalter besteht, war der erste Ort des Kontinents, wo Steinkohlenlager erschlossen und die Kohle nutzbar gemacht wurde. In Lüttich herrscht Metallindustrie vor, besonders Waffenerzeugung. Noch weiter östlich, nächst der preussischen Grenze liegt die Textilstadt Verdun und nördlich davon befinden sich reiche Lager von Blei- und Zinkerzen. Wirtschaftlich viel wichtiger sind die Eisenerzlager dieses Gebietes.

Ein anderer bedeutender Industriebezirk ist der Hennegau, der sich in 60 Kilometer Länge von Charleroi nach Mons erstreckt. Kohlenbergbau, Eisenerz, Glasfabriken und andere Gewerbebetriebe, erdnen hier auf beschränktem Raum eine halbe Million Menschen. Der Hennegau ist, gleich der Ardennen, von Wallonen bewohnt.

Der nördliche Teil Belgiens, dessen Bewohner flämisch sprechen, besteht der mineralischen Bodenschätze und es haben sich deshalb dort andere Industrie entwickelt, namentlich die Textilindustrie, die im Laufe der Zeit alle erreichbaren Stoffe in Arbeit genommen und in jedem Herstellungsstadium hohe Leistungen erreicht hat. An der Schwelle der Neuzeit war Gent mit seinen umfangreichen Webereien ungleich die bedeutendste Textilstadt der Welt. Ihre Blüte ging zu Ende, als infolge des Abfalls der nördlichen Niederlande von der spanischen Herrschaft zahlreiche Bürger der bei Spanien verbliebenen Provinzen emigrierten und auch der Verkehr gehemmt wurde. Erst zu Beginn des 19. Jahrhunderts brachte die Baumwollindustrie neuen Aufschwung für Gent. Die alten Städte Brügge und Ypern in Westflandern sind Sitz der Prämienherzeugung und des Spinnwebens; doch haben sie kaum noch einen Schatten ihrer alten Größe bewahrt.

Der Verkehrsverbindung verdanken die beiden größten Städte des nördlichen Belgiens ihr Emporkommen: Brüssel und Antwerpen. Brüssel liegt an der wichtigen Handelsstraße von Paris nach Köln, im Mittelpunkte Belgiens; es hat nicht nur Eisenbahnen, sondern auch beträchtlichen Binnenverkehr. Überdies wurde die Entdeckung Brüssels durch seine politische Bedeutung, seit es von den burgundischen Herzogen zur Hauptstadt ernannt wurde, sehr gefördert.

Der Aufschwung Antwerpens begann im 15. Jahrhundert, als infolge harter Abdrängen der Küsten der Niederlande, die Sturmpolen mit sich brachten, die bis dahin schmale und seichte Westerschelde für große Schiffe fahrbar wurde. Damit errang Antwerpen

gegen andere niederländische Häfen einen bedeutenden Vorteil und es wurde bald zum Hauptplatz des Handels mit dem Orient. Nach den Kriegen um die Befreiung von der spanischen Herrschaft, die für die südlichen Niederlande, das heutige Belgien, erfolglos verliefen, erwand die wirtschaftliche Bedeutung Antwerpens rasch. Erst zur Zeit der französischen Revolution wurde der Seeverkehr Antwerpens durch die Schelde wieder aufgenommen. Von der Selbständigklärung Belgiens bis zum Jahre 1863 war dieser Verkehr durch den holländischen Scheldesoll arg behindert. Welche Bedeutung Antwerpen für den Weltverkehr in jüngster Zeit hatte, geht aus folgendem Vergleich des Auslandsverkehrs der fünf größten europäischen Häfen im Jahre 1912 deutlich hervor:

Table with 3 columns: Hafen, Angekommene Millionen Registratorien, Abgehende Millionen Registratorien. Rows: Hamburg, London, Liverpool, Rotterdam, Antwerpen.

Für den binnenländischen Verkehr von Antwerpen sorgt nicht nur ein reich verzweigtes Eisenbahnnetz, sondern auch eine große Zahl von Wasserstraßen.

Die Sprachgrenze zwischen Franzosen (Wallonen) und Flämen verläuft im Westen annähernd der Grenze von Hennegau gegen Flandern entlang; dann zieht sie in der Höhe von Waterloo quer durch die Provinz Brabant und folgt hierauf ungefähr der Provinzgrenze zwischen Lüttich und Limburg.

Nach der Volkszählung von 1910 hatte Belgien 7424000 Einwohner. Ausschließlich der Kinder unter zwei Jahren sprachen hier von nur französisch 2833000, nur flämisch 3221000, französisch und flämisch 871000, eine dieser beiden Sprachen oder beide und außerdem hochdeutsch 61000. Die prozentuale Verteilung der Bevölkerung nach der Sprache gestaltete sich wie folgt:

Table with 2 columns: Sprache, Prozent. Rows: Französisch, Flämisch, Hochdeutsch, Mehrere dieser Sprachen, Keine (einschl. der Kinder unter zwei Jahren).

Die flämische Sprache, die der holländischen sehr ähnlich ist, gehört zu den niederfränkischen Mundarten, die auch diesseits der Grenze, auf preussischem Gebiet, gesprochen werden. Im öffentlichen Leben Belgiens waren zuerst die französische und die flämische Sprache vollständig gleichgestellt, wenn auch in Wirklichkeit das Französische als Amt- und Verkehrssprache vorherrschte. Ein Vorteil, der der französischen Sprache zugute kam, war die rasche Entwicklung der kohlens- und erzeichen Südprominzen, wogegen sich der weit weniger industrielle Norden langamer entwickelte, was auch eine Abwanderung von Flämen in die wallonischen Industriegebiete zur Folge hatte. Der Religion nach wurden 1910 in Belgien neben 6669000 römischen Katholiken nur 20000 Protestanten und 4000 Juden gezählt. Hierin unterscheidet sich Belgien sehr von den Niederlanden, wo die römisch-katholischen Personen nur 35,1 Prozent, die evangelischen aber 54,2 Prozent der Bevölkerung bilden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 14. März der 12. Wochenbeitrag für die Zeit vom 14. bis 20. März 1915 fällig ist.

Hierdurch diene den Verwaltungstellen zur allgemeinen Kenntnis, daß der Vorstand auf Verlangen verschiedener Verwaltungstellen auch Kriegsfondsmarken zum Werte von 20 Pf. hat anfertigen lassen und solche Marken von jetzt an vom Vorstand bezogen werden können.

Für nicht wieder aufnahmefähig werden erklärt:

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Berlin: Der Hobler Gustav Weber, geb. am 17. Januar 1872 zu Alt-Tetschen, Buch-Nr. 1,512,651, wegen Betrug und unkollegialem Verhalten.

Auf Antrag der Verwaltungstelle in Wiesfeld: Der Schleifer Fritz Goldbeck, geb. am 7. August 1871 zu Steinhausen, Buch-Nr. 2,023,188, wegen unkolleg. Verhalten.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind an den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Röntgenstraße 16a, zu adressieren. Weitersendungen adressiert man nur an Theodor Werner, Stuttgart, Röntgenstraße 16a; auf dem Postabschnitt ist genau zu bemerken, wofür das Geld vereinbart ist. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Quittung

über die vom 1. bis 28. Februar 1915 bei der Hauptkasse eingegangenen Verbandsgelder.

- List of names and amounts: Nachen 1200 M., Altenburg 3000, Arnstadt 800, Arnswalde 50, Aschaffenburg 300, Augsburg 3800, Augsburg 200, Bamberg 300, Barmen-Eberfeld 5000, Barmen 1600, Bergedorf 800, Berlin 763,62, Bernburg 800, Bielefeld 6000, Bismarckwerda 100, Bonn 600, Braunschweig 5000, Bremen 7000, Breslau 2000, Brunsbüttelhafen 300, Burg 600, Chemnitz 20 000, Cuxhaven 400, Darmstadt 1200, Delmenhorst 200, Dresden 43 000, Duisburg 600, Düsseldorf 18 000, Eberswalde 2000, Eilenburg 400, Eisenach 1500, Eisenberg 100, Elmshorn 300, Emden 800, Erfurt 2200, Erlangen 500, Essen 46,20, Forchheim 100, Forst 400, Frankenberg 200, Frankfurt a. M. 10 000, Frankfurt a. O. 800, Friedland 60, Friedrichshagen 900, Fürstentum 500, Gajen 400, Geisstadt 300, Gera 2500, Glauchau 600, Goslar 275, Gotha 1600, Göttingen 550, Göttingen 200, Grotzsch 450, Großenhain 600, Gröna 300, Grünberg 150, Güstrow 400, Halberstadt 600, Halle 3000, Hamburg 3000, Hanau 1000, Hainau 100, Heidenheim 1000, Hennigsdorf 500, Herford 100, Höchst 1600, Hohenlimburg 240, Hohenstein 400, Hütten 1000, Kallitbus 500, Krefeld 800, Krummholz 150, Landsberg a. L. 100, Landslust 200, Langensalza 150, Lausberg 50, Leisnig 200, Lengsfeld 100, Liegnitz 300, Lissa 130, Lübeck 2500, Lübz 85, Ludwigshafen 3000, Luga 500, Lüneburg 400, Magdeburg 10 000, Mainz 400, Mannheim 12 000, Marktzeitzin 400, Martell 200, Meissen 1000, Memel 100, Meuselwitz 800, Mittweida 500, Müchhausen i. Th. 400, Mühlbach 800, Münster 425, Müstau 250, Naumburg 225, Neubrandenburg 100, Neugersdorf 200, Neumarkt 100, Neumünster 600, Neuen 200, Nürnberg 62,10, Nürtingen 20, Oberndorf 600, Offenbach 5000, Offenbach 20, Ogersheim 400, Oßershausen 200, Opladen 400, Oranienburg 350, Osterleben 150, Oßershausen 400, Orléans 300, Paffau 50, Paffart 80,25, Pommern 200, Pries 1600, Radeberg 800, Rathenow 2000, Reichenbach 600, Riesa 2000, Roslau 400, Roswein 600, Ruhla 600, Ruhland 101,95, Sangerhausen 600, Solingen 5000, Soltau 111,45, Sommerda 300, Sorau 150, Spottau 100, Sulzb. 2000, Schmiedeburg 600, Schmolln 300, Schönebeck 1400, Schweidnitz 600, Schwerin 400, Stade 100, Staffort 2500, Steint 12 000, Striegau 295,65, Stuttgart 10 100, Tattlingen 100, Ulm 600, Urberach 300, Weibern 1700, Weichau

150. Verdau 1400. Wilhelmshaven 7000. Witten 1800. Wittenberg 600. Wittenberge 500. Wolfenbüttel 350. Wolgast 200. Würzburg 400. Würzen 700. Zeitz 1950. Zittau 800. Zorge 400. Zossen 180. Sonstige Einnahme 5,70.

Die Verwaltungsteilen, Bevollmächtigten und sonstigen Einsender von Geldern werden hierdurch dringend gebeten, vorstehende Quittung genau zu prüfen und etwaige Anstände sofort an uns zu berichten. Der Vorstand.

Berichte.

Gravure und Ziseleure.

Leipzig. Obwohl die Gravure eine der kleineren Abteilungen im Deutschen Metallarbeiter-Verband sind, stehen sie jetzt an erster Stelle in der Reihe der männlichen arbeitslosen Mitglieder. Der Krieg ist für uns von einschneidender Wirkung gewesen als für andere Berufe, zumal schon die früheren Jahre äußerst ungünstig waren. In welcher Weise die Leipziger Gravure durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen worden sind, davon gibt die am Schlusse des Jahres 1914 von der Berufsleitung vorgenommene statistische Aufnahme ein Bild. Von 261 Gebläsen der Relief- und Golddruckbranche, die Ostern 1914 in 21 Gravuranstalten arbeiteten, wurden am Jahreschlusse noch 85, man möchte sagen als „Selegenheitsarbeiter“ beschäftigt. Je nachdem Arbeit einläuft, werden sie beschäftigt, dann wird wieder „ausgeholt“. Bei einzelnen Kollegen betrug das „Ausgehen“ seit Kriegsbeginn bis zu einem Vierteljahr. Obwohl von den in diesem Berufe beschäftigten Kollegen reichlich zwei Drittel im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert sind, befanden sich nur 34 Organisierte unter den 85 beruflich tätigen Kollegen. (Von den 270 am Orte organisierten Gravuren sind überhaupt nur noch etwa 55 als Gravure tätig.) Auch sonstige Verschlechterungen mußten die Arbeitenden im Zeichen des Burgfriedens über sich ergehen lassen. Die Feiertagsbezahlung ist nicht nur gekürzt, sondern in vielen Fällen ganz eingestellt worden. In einzelnen Fällen sind auch Lohnabzüge gemacht worden. Die brotlosen Gewordnen haben sich anderen Beschäftigungen zugewandt. Der größte Teil war als Postausseher und bei der Straßenbahn tätig. Ein anderer Teil als Mieter, Dreher, Sattler, auf dem Schlachthof, in Bureau u. s. w. Vielen ist es aber bis heute noch nicht möglich gewesen, Arbeit zu finden. Zum Militär wurden von dieser Berufsgruppe 58 einberufen, davon 42 Organisierte. Bei der kleineren Gruppe der Stahlstempeler Gravure lagen die Verhältnisse noch ungünstiger. Unfassender Auskunft konnte hier überhaupt nicht erlangt werden, da die meisten dieser Berufsangehörigen zum Militär eingezogen oder arbeitslos waren. In der Silberstichbranche lagen die Verhältnisse ähnlich. Das Arbeiten der Berufsleitung gestaltete sich äußerst schwierig, da nirgendwo sorgfältig gearbeitet wurde, kaum ein Drittel der Vertrauensleute am Platze und von den sechs Mitgliedern der Zeitung nur noch eins als Gravure tätig war. Dies ist um so bedauerlicher, als sich in der ersten Jahreshälfte die Verhältnisse befriedigend entwickelten, der Versammlungsbesuch zugenommen hatte, lehrreiche Vorträge gehalten und mit Teilnahme aufgenommen worden waren; durch Auslegen von Kunstblättern, Vorlagewerken und anderes mehr waren die jüngeren Kollegen zu den Versammlungen herangezogen worden. Doch die Arbeit darf nicht ruhen, es bedarf jetzt erst recht der angestrengtesten persönlichen Arbeit eines jeden einzelnen Kollegen, Eringensens aufrecht zu erhalten und weiterzuführen. Möge jeder sein Bestes dafür tun. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen unterläßt es die hiesige Berufsleitung, den einzelnen Orten besondere Jahresberichte zugehen zu lassen und sie ersucht die Kollegen Deutschlands, mit diesem kurzen Bericht über die Lage für dieses Jahr zufrieden zu sein.

Metallarbeiter.

Düsseldorf. Am 28. Februar hielt die hiesige Verwaltungsstelle im Volkshaus eine Generalversammlung (Vertreterversammlung) ab, die nur schwach besucht war. Etwa 80 Kollegen hatten sich eingefunden, ein Umstand, der zum Teil auf die Sonntagarbeit zurückzuführen ist, die jetzt liberal verlangt wird. Die Versammlung beschäftigte sich zunächst mit einem Antrage des Kollegen Nawrocki, der dahin geht, den Vorstand zu ersuchen, die ausgeschriebene Generalversammlung in diesem Jahre nicht stattfinden zu lassen. Nawrocki begründete seinen Antrag wie folgt: Die Zahl der einberufenen Mitglieder würde immer größer. Gerade in letzter Zeit sei die Zahl der zum Heeresdienst eingezogenen Kollegen gestiegen und sie werde voraussichtlich in den nächsten Wochen und Monaten noch steigen. Es würde sich also um einen Verbandstag handeln, auf dessen Zusammensetzung und Beschlüsse Hunderttausende von Mitgliedern keinen Einfluß hätten. Es könne sich also nur um eine Generalversammlung handeln, die nur untergeordnete Bedeutung hätte und das Geld, das sie koste, nicht wert sei. Der Vorstand habe doch eine Reihe von Maßnahmen angeordnet, um zu sparen, hier aber wolle er eine große Ausgabe machen, die nicht notwendig sei. Kollege Fäker führte dagegen aus, daß der Vorstand mit dem Beirat die Sachlage beraten habe und zu dem Ergebnis gekommen sei, die Generalversammlung stattfinden zu lassen. Nach dem Statut habe er auch das Recht; dazu, und mittlerweile sei die Generalversammlung bekanntlich ausgeschrieben worden. Man könne doch im Ernst nicht annehmen, daß der Vorstand nun nachträglich deshalb weil eine oder schließlich auch mehrere Verwaltungsteile anderer Meinung seien, seinen Entschluß ändere und die ausgeschriebene Generalversammlung ausfallen lasse. Wenn der Vorstand die Generalversammlung hätte ausfallen lassen, dann wären jedenfalls auch Proteste gekommen und mit einem größeren Rechte als jetzt. Kollege Nawrocki vertrat noch einmal seinen Standpunkt und schlug vor, mit anderen Verwaltungsteilen in Verbindung zu treten, um dem Antrage mehr Nachdruck zu verleihen. Im Sinne des Antrages sprachen dann noch die Kollegen Reichmann, Kronshage, Schwarzbold und Weh. Letzterer rügte hauptsächlich, daß der Vorstand in der schwierigen Lage nicht erst die Mitglieder befragt und die Sache zur Erörterung gestellt habe. Kollege Wernemann vertrat mit Entschiedenheit die Ansicht, daß die Generalversammlung unbedingt notwendig sei und daß man die Einberufung derselben durch den Vorstand gutheißen müsse. Die Maßnahmen des Vorstandes müßten doch einer Beratung und Kritik unterzogen werden. Auf denselben Standpunkt stellten sich noch die Kollegen Drumme, Weimann und Thielemann. Der Antrag Nawrocki wurde dann nach wiederholter Abstimmung mit 35 gegen 33 Stimmen angenommen. Kollege Wernemann brachte sodann eine Resolution ein, wonach die Versammlung mit der nationalsozialistischen (!) Schriftleitung) Schreibweise der Metallarbeiter-Zeitung nicht einverstanden sei. Die Resolution wurde aber dann zurückgezogen bis zur nächsten Versammlung, die Stellung zum Verbandstag nehmen soll. — Es wurde sodann in eine Besprechung der Unternehmermaßnahmen und die Verfügung des kommandierenden Generals des 7. Armeekorps eingetretet, die von den Arbeitern ein patriotisches Verhalten verlangt. Es wurde von einer Reihe von Rednern betont, daß die Unternehmer solche Verfügungen für ihre Zwecke mißbrauchen. Die Rheinische Metallwaren- und Maschinenfabrik (Ghrhardt) hat in vielen Abteilungen Abzüge gemacht, und um diese durchzubrüden, suchte man sich meistens reklamierte Arbeiter heraus und drohte ihnen mit dem Schützengraben. Kollege Fäker gab bekannt, daß er eine Eingabe an das Generalkommando gemacht hat; er ersuchte, der Ortsverwaltung alle Übergriffe mitzuteilen. Hierauf wurde die Ortsverwaltung gewählt. Als Ausnahmende der Kollegen Scheer und Hamann, für die die Kollegen Weimann und Meuthner gewählt wurden, erfolgte Wiederwahl der alten Ortsverwaltung.

Raßau. Die am 21. Februar abgehaltene Generalversammlung wies einen guten Besuch auf. Zu Beginn eröfnete die Versammlung 46 seit Kriegsbeginn gefallene Kollegen in der üblichen Weise. Den Geschäftsbericht erstattete Kollege Grzesinski. Er ging in einleitenden Ausführungen auf die Vorgänge im verfloffenen Jahre und auf den Einfluß ein, den der Krieg auf das Wirtschaftsleben und

die Mitgliederbewegung ausgeübt hat. Die Mitgliederzahl ging von 3046 auf 1503 zurück. 1175 wurden zum Militär eingezogen, davon waren 576 ledig und 599 verheiratet. Von den letzteren hatten 496 1096 Kinder. Trotzdem vor dem Krieg das Wirtschaftsleben danniederlag und trotz des ungünstigen Einflusses, den der Krieg ausübte, gelang es in einer Anzahl Fälle, auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im günstigen Sinne einzuwirken. Es fanden 11 Lohnbewegungen, 7 Angriffs- und 4 Abwehrbewegungen statt, an denen 974 Personen beteiligt waren. 701 waren davon organisiert. Das Ergebnis der Bewegungen war, daß für 169 Arbeiter eine Arbeitszeitverkürzung von 339 Stunden und für 303 Arbeiter eine Verdiensterhöhung von 640 M pro Woche erreicht wurde. Außerdem wurde erreicht für 190 Arbeiter Regelung der Arbeitszeit, für 80 Arbeiter Prozente für Ueberstunden, für 188 Arbeiter ein Tarifvertrag und für 673 Arbeiter sonstige Vorteile, wie Abwehr von Verdienstsicherstellungen, Verbesserung sanitärer Verhältnisse u. c. Die großen Heeresaufträge, die besonders hier in Kassel der Metallindustrie voll Beschäftigung gaben, haben einen starken Arbeitermangel herbeigeführt. Diesem ist es zuzuschreiben, wenn in einigen Fällen heute trotz des Krieges ein annehmbarer Verdienst erzielt wird. Großes Aufsehen davon zu machen, ist jedoch durchaus nicht am Platze, denn die besonders in den letzten Wochen ganz außerordentlich angehenden Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel haben die Ausgaben für den Haushalt so erhöht, daß der Mehrverdienst ausgeglichen wird. Nicht alle jedoch haben einen Mehrverdienst. Und diese Leute sind übel daran. Es ist deswegen sehr zu bedauern, daß eine neuere Befehlsmachung des Bezirkskommandos in den Fabriken von Unternehmern ausgenutzt wird, die Löhne niedrig zu halten und gar Abzüge zu machen. Es sollten deswegen alle diese Fälle der Verwaltung gemeldet werden, damit Abhilfe geschaffen werden kann. Der Bericht klang in den Wunsch aus, daß ein ehrenvoller Frieden recht bald von Deutschland erkämpft werden möge und in dem folgenden gestärkten Frieden die Arbeiter sich zur wirklichen Kulturarbeit recht fest zusammenschließen. Den Kassenbericht erstattete Zilch. Einnahmen und Ausgaben gleichen sich in der Hauptkasse mit 79.246,81 M, in der Lokalkasse einschließlich eines Kassenbestandes von 11.601,97 M mit 48.079,72 M aus. Unter den Ausgaben der Hauptkasse seien hervorzuheben: Reisegeld 3774 M, Umzugunterstützung 690 M, Krankunterstützung 17.356,12 M, Arbeitslosenunterstützung 15.823,28 M, Unterbringung in besonderen Notfällen 210 M, Sterbegeld 275 M, Rechtschutz 312,70 M. Für die Kriegerverfahren, die Kranken und Arbeitslosen wurden zu einer Weihnachtunterstützung zusammen 6968 M aufgewendet. Die Aussprache über den Bericht, an der sich die Kollegen Martini, Neumann, Gernand, Faber und Holzappel beteiligten, drehte sich vornehmlich um die jetzigen Verhältnisse in den Betrieben und um die Lebensmittelpreiserhöhung. Es wurde der Wunsch geäußert, die Arbeitervertreter möchten doch dieser letzteren Frage noch mehr wie bisher schon ihre Aufmerksamkeit widmen. — Der letzte Punkt der Tagesordnung, die Verbandsgeneralsversammlung am 28. Juni 1915 in Berlin, nahm nur kurze Zeit in Anspruch. Grzesinski gab einen kurzen Ueberblick und empfahl, wegen der ungewissen Zeit von Anträgen auf Statutenänderung abzusehen. Dem wurde entsprochen.

Stettin. Unsere Verwaltungsstelle hielt am 31. Januar und am 7. Februar Mitgliederversammlungen ab. Nachdem Kollege Junt den 47 im Felde gefallenen Kollegen einen ehrenvollen Nachruf gewidmet hatte, erstattete Kollege Gappich den Kassenbericht für 1914. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 172.304,26 M, eine Ausgabe von 161.080,06 M, die Lokalkasse eine Einnahme von 63.131,54 M, eine Ausgabe von 56.976,90 M. Unter den Einnahmen sind 7978 M, die für Familienunterstützungen eingingen. Kollege Hunger bemerkte dann, daß das erste Halbjahr 1914 zu den besten Hoffnungen berechtigte. Denn es wäre möglich gewesen, verschiedene Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnis durchzuführen oder Verschlechterungen abzuwehren, auch sei der Mitgliederstand befriedigend gewesen. Jedoch durch den Ausbruch des Krieges wurden die Hoffnungen jäh zertrümmert. Die entstandene Verjüngung, die hangen Erwartungen vor der Zukunft und die Einberufungen zum Militärgreifen lähmend in das ganze Organisationsleben ein. Mit der Mobilisierung mußten wir uns abfinden, wir konnten nur bedauern, daß so viele unserer Kollegen von uns scheideten mußten. Aber der Kleingeisterei und Kopsfolgieist wie der Unkenntnis über die gemerkchaftlichen Aufgaben, trotz des Krieges, hätte schärfer entgegengetreten werden müssen. Daß 1894 Kollegen, abgesehen von denen, die dienen, dem Auf zur Fahne folgten, war nach Lage der Sache zur zwingenden Pflicht geworden, aber daß unter diesen, auch für unsere Organisation so schwierigen Verhältnissen Kollegen dem Verband den Rücken kehren, muß jeden wirklich überzeugten Gewerkschafter, der mehr lennt als Beitrag zahlen und Unterstützung abgeben, in Entsetzen setzen. Es soll zugegeben werden, daß durch die vorläufige Einstellung der Krankenunterstützung vielen Kollegen ein großes Opfer auferlegt wurde. Aber der Krieg hat eben schon eine Schuld der Gewerkschaften Ausnahmezustände geschaffen, denen wir uns zur Sicherung des Verbandes, zur Wahrung der Aktionsfähigkeit noch über den Krieg hinaus anpassen mußten. Es war unmöglich, alle nur für den Frieden berechneten Unterstützungen aufrechtzuerhalten, viel weniger noch konnte eine neue, die Kriegsunterstützung, eingeführt werden. Es sind bisher 192.643 Kollegen vom Gesamtverband zum Militär eingezogen. Rechnen wir, es seien nur 50 Prozent, also 96.321 Kollegen, verheiratet und wir müßten für diese Familien Unterstützungen zahlen, so ginge dies weit über den Rahmen der Leistungsfähigkeit unseres Verbandes hinaus. Bei der Beurteilung dieser Sachlage habe es leider vielen Kollegen an der notwendigen Einsicht gefehlt, und die Folge war Unzufriedenheit und Austritte aus der Organisation. Es waren am Jahreschlusse 1913: 5657 Mitglieder, am 31. März 1914: 5661, am 30. Juni 1914: 5662, am 30. September 1914: 3727 und am 31. Dezember 1914: 3089 Mitglieder. Es sind im Jahre 1914 abgegangen 3789 und hinzugekommen 1224 Mitglieder. Dies ist eine Abnahme von 2565 Mitgliedern, von denen allerdings 1904 zum Militär eingezogen, 49 gestorben und 18 zu anderen Verbänden übergetreten sind. Die anderen Kollegen sind ausgetreten oder mußten wegen Beitragsrückstandes austritten werden. Ist dieser Verlust nun auch keine besondere Gefahr für unsere Organisation, so muß doch bedauert werden, daß so viel Kraft und Zeit nutzlos verschwendet ist. Und dies lediglich wegen der mangelnden Erkenntnis und der geringen Durchbildung der ausgeschiedenen Mitglieder. Hinzu kam der am 23. August 1914 beschlossene Extrabeitrag zur Unterstützung der Familien am Ort. Die Extrabeiträge sind nicht in der gewünschten Weise eingegangen. Auch deswegen traten Mitglieder aus, andere bezahlten den Extrabeitrag überhaupt nicht, und die Kollegen, die den Extrabeitrag gern und willig bezahlten, waren alle nicht in der Lage, die Familienunterstützung sicherzustellen. Und da die Lokalkasse außerstande ist, weiter die bisher gezahlten hohen Zuschüsse zu leisten, was aus dem Kassenbestand der Lokalkasse am Jahreschlusse klar ersichtlich ist, mußte die Aufhebung des Beschlusses vom 23. August 1914 auf Erhebung eines Extrabeitrages und Gewährung der Familienunterstützung reichlich in Erwägung gezogen werden. Der Lokalkassenbestand am Jahreschlusse lasse nur noch einmal eine allgemeine Auszahlung an die Familien zu. Nach eingehender Besprechung der Arbeitslosenfürsorge und ihrer Regelung durch den Fürsorgeausschuß ersuchte der Redner die Kollegen, zusammenzutreten, alle Kollegen über den wahren Sachverhalt aufzuklären und alles zu unterlassen und allem zu begegnen, was geeignet sein könnte, die Organisation zu schwächen. Nur durch gegenseitiges Vertrauen, Aufrichtigkeit im Denken und Handeln und treue Organisationsarbeit können wir unsern Verband bis über den Krieg hinaus aktionsfähig erhalten, zum Wohl der gesamten Metallarbeiter, zum Wohl der im Felde lebenden Kollegen. In der Aussprache hierüber behandelten die Redner besonders den Extrabeitrag und die Familienunterstützung, wobei gegen eine Ausnahme allseitig betont wurde, daß eine Herabsetzung eintreten müsse. Bezüglich der vorläufigen Aufhebung der Krankenunterstützung wurde gewünscht, daß wegen Aufhebung dieses Beschlusses beim Vorstand angefragt werden solle. Von der Zeitung wurde bemerkt, daß dies schon geschehen sei, jedoch halte der Vorstand wegen der Unsicherheit über die Länge des Krieges und wegen der noch entstehenden Verpflichtungen die Zeit noch nicht für gekommen, die Krankenunterstützung wieder einzuführen. Der Extrabeitrag und

damit zugleich die Familienunterstützung wurde durch folgenden Antrag erledigt: „Da dem Beschluß vom 23. August 1914 auf Bezählung von Extrabeiträgen nicht von allen Kollegen nachgekommen, demnach eine allgemeine Extrabeitragleistung zur Sicherung der Familienunterstützung aussichtslos ist, hebt die heutige Versammlung den Beschluß auf. Jedoch appelliert die Versammlung an die Opferwilligkeit derjenigen Kollegen, die etwas leisten können und wollen, und bittet die Kollegen, freiwillig Extrabeiträge zu bezahlen, damit die Familien in dringenden Fällen unterstüzt werden können.“ Um aber bezüglich der Familienunterstützung bis an die äußerste Grenze zu gehen, beschloß die Versammlung weiter, vor Ostern nochmals eine Auszahlung vorzunehmen. Später kann nur in ganz dringenden Fällen und nur unter Berücksichtigung der Lokalkassenmittel etwas bewilligt werden. — Inzwischen wurde der Versammlungsleiter der folgende, auf dem hiesigen „Vulkan“ angebrachte Anschlag bekannt: „Die Heeresverwaltung ersucht uns, unsere Arbeiter auf folgendes hinauszuweisen: Für Meer und Marine liefernde Fabriken müssen jetzt alle Kräfte aufbieten, um den großen Anforderungen zu genügen. Jeder Arbeiter muß sich bewußt sein, wie sehr er das Vaterland schädigt, wenn er die Arbeit in solchen Fabriken niederlegt oder durch fortwährenden Arbeitswechsel dadurch hindert, die dringenden Aufträge zu erledigen. Die Zurückstellungen vom Heeresdienst beziehen sich nur auf die bestimmte Firma und treten bei Arbeitswechsel außer Kraft.“ Hierzu bemerkte Kollege Hunger, daß dieser Anschlag wohl nur möglich gewesen sei, indem der „Vulkan“ alle Einzelfälle von abgegangenen Metall- und Werkstoffarbeitern der Militärbehörde mitgeteilt habe, ohne aber anzugeben, aus welchen Gründen die Arbeiter das Arbeitsverhältnis lösten. Nach Ansicht des Redners bedürfte es eines solchen Anschlages nicht, denn die Arbeiter haben bisher schon getan, was zum Festen der Landesverteidigung nur irgendwie getan werden konnte. Es sei wirklich nicht erhebend und berühre die Arbeiter mehr als eigentümlich, wenn bei jeder geringen Differenz, die sich aus dem Alltagsverhältnis ergibt, oder bei dem berechtigten Verlangen der Arbeiter auf eine Verrückung, die bei manchen Berufen mehr als begründet ist, mit der Militärbehörde getrotzt wird. Ober ist vielleicht die Mahnung des „Vulkan“ gerechtfertigt und geeignet, die Arbeiter an den Betrieb zu fesseln, wenn an die Stelle der Subjektiver, die wegen zu geringen Verdienstes einmütig aufhören wollten, 15 Stahlformer treten und zu dem Lohn der Gusspumper von 37 S die Stunde arbeiten sollten, was für die Stahlformer eine wöchentliche Verdiensterhöhung von circa 20 M bedeutete? Aber wahrscheinlich glaube die Direktion des „Vulkan“, die Arbeiter sollten sich unter dem Zeichen des Burgfriedens und unter dem Eindruck des Anschlages mit Verdiensteinbußen und unbedingten Nachkürzungen abfinden sowie auf Verrückungen überhaupt verzichten. Die Militärverwaltung zahlt unseres Wissens recht gute Preise, dann lasse man auch den Arbeitern, besonders den schlechtesten entlohnen, etwas zugute kommen. Dies wäre für die Landesverteidigung äußerst weislich gehandelt und damit würde den Bedürfnissen der Arbeiter angelehnt der teuren Verhältnisse etwas Rechnung getragen. Ohne Grund wird der Arbeiter sein Arbeitsverhältnis nicht lösen, und Einschränkungen sind auch nicht die geeigneten Mittel, geordnete Verhältnisse zu schaffen.

Rundschau.

Preistreiberien und kein Ende!

Wie die Zeitungen berichten, hat die Erhöhung des Höchstpreises nicht den Erfolg gehabt, die Kartoffelbesitzer zur Linderung ihrer großen Vorräte zu veranlassen. In Thüringen soll es zum Beispiel schwer halten, überhaupt noch Kartoffeln zu bekommen. Die Besitzer sind offenbar Leute, die warten können, bis der Hunger die Massen zwingt, ihnen die Wucherpreise zu zahlen, die ihnen vorschweben. In diesen Tagen ist oft von Landesverrat die Rede. Ist das Treiben dieser Leute nicht ebenso einzufrachten? Je mehr der Kartoffelverbrauch über Gebühr eingeschränkt wird, desto mehr verfaulen oder keimen aus und werden auf diese Weise dem Verbrauch entzogen.

Ferner geht man in ganz Deutschland daran, die Bierpreise zu erhöhen. Als Hauptgrund gibt man an, daß infolge der Erzeugungseinschränkung die Brauereien verhältnismäßig höhere Selbstkosten hätten. Wir müssen es Fachleuten überlassen, darüber zu urteilen, wie weit diese Begründung zutrifft; außerdem scheidet die Bierpreiserhöhung noch nicht so tief in die Lebenshaltung ein, ebenso wie man die Preiserhöhung für manches Nahrungs- oder Genussmittel hinnehmen muß, das jetzt nur auf dem Landwege eingeführt werden kann. Schlimmer ist ohne Zweifel die allgemeine Erhöhung der Milchpreise.

Damit ist aber noch nicht jede Preiserhöhung gerechtfertigt vor allen Dingen nicht die auf einheimisches Gemüse. Und gerade bei diesen kann man unerhörte Preistreiberien erleben. Die verschiedenen Ernährungsteiler, die sich in letzter Zeit bemerkbar gemacht haben, preisen alle das Gemüse, was ohne Zweifel eine stärkere Nachfrage veranlaßt hat. Nun ist es zwar eine der Grundregeln unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung, daß stärkere Nachfrage stets Preiserhöhung zur Folge hat. Damit ist aber noch nicht gerechtfertigt, daß Gemüsegärtner die Preise für ihre Erzeugnisse um das Doppelte und noch mehr erhöhen. Diese Leute machen auch in dieser Zeit keinen Finger mehr krumm als in Friedenszeiten; sie haben weder mehr Selbstkosten noch mehr Arbeit und doch die ungeheure Preiserhöhung. Auch dieses „waterländische“ Treiben sollte man genauer in Augenschein nehmen. Zwar wird bei der Verschiedenheit der Sachlage die Reichsregierung kaum etwas dazu tun können. Um so mehr ist es aber Aufgabe der Landesregierungen und der Gemeindevorstellungen, nicht länger tatenlos zuzusehen. Wann werden sie den Preistreiberien der Gemüsegärtner einen Damm entgegensetzen?

Gewerkschaftsvertreter beim Reichsfanzler.

In den letzten Wochen fanden mehrere Konferenzen statt zwischen Vertretern der freien, der christlichen, der Kirch- und der politischen Gewerkschaften über die Frage der reichsgesetzlichen Regelung des Arbeitsnachweises. Man einigte sich nach längeren Beratungen auf Vorschläge, die dem Bundesrat und dem Reichstag in einer Eingabe unterbreitet werden sollen. Am 3. März fand in dieser Angelegenheit beim Reichsfanzler eine 1 1/2 stündige Audienz statt, an der außer dem Reichsfanzler die Herren Unterstaatssekretär Bahnschaffe und Ministerialdirektor Caspar, sowie die Herren Leipart (Berlin, freie Gewerkschaften), Stegerwald (Köln, christliche Gewerkschaften), Neufeldt (Berlin, Kirch- und politische Gewerkschaften) und Hyner (Katowitz, polnische Berufsvereinigungen) teilnahmen. Von den Gewerkschaftsvertretern wurde zur Begründung ihrer Anregung hervorgehoben, daß die jetzige Organisation der Arbeitsnachweise und die Handhabung der Arbeitsvermittlung während des Krieges nicht befriedigend konnte, daß aber besonders nach Beendigung des Krieges die vorhandenen Mängel sehr zum Schaden der zurückkehrenden Kriegsteilnehmer sich stark bemerkbar machen werden. Eine reichsgesetzliche Regelung sei daher schon jetzt in Angriff zu nehmen, oder, falls dieser Weg nicht gangbar sei, sollten durch eine Bundesratsverordnung geeignete Vorkehrungen getroffen werden. Nach einer längeren Aussprache, in der auch die einer Regelung der Frage entgegenstehenden Schwierigkeiten erörtert wurden, erklärte der Reichsfanzler, daß er sich der großen Bedeutung der Frage sowohl jetzt wie nach dem Kriege bewußt sei. Deswegen würden die vorgetragenen Wünsche in wohlwollendster Weise von der Reichsregierung geprüft werden.

Jur Kartoffelnot.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und die Generalkommission der Gewerkschaften haben am 2. Februar folgende Eingabe an den Reichsfanzler gerichtet:

Die Unterzeichneten erheben in Ergänzung der Besprechung, die am 9. Februar 1915 im Reichsamt des Innern stattgefunden hat, nochmals namens der von ihnen vertretenen Körperschaften gegen die nur leider doch erfolgte Erhöhung der Kartoffelpreise Einspruch. Wir betonen noch einmal, was wir in der mündlichen Mündsprache bereits geltend machten: daß die höheren Kartoffelpreise weder ein vermehrtes Angebot, noch eine größere Einschränkung in der Verfüllung der Kartoffeln herbeiführen werden. Wenn je eine verfehlte Maßnahme erlassen worden ist in den letzten Monaten, so ist es die der Preis-erhöhung für Kartoffeln, die in ihrer ganzen Schwere die ärmere Volksschicht trifft, dem Großgrundbesitzer und Großhändler aber Meilen-gewinne zuführt. Die Wächterpreise sind derart in die Höhe ge-trieben, daß auch der höhere Kartoffelpreis nicht mehr verlockt, die Kartoffel als Viehfutter auszuscheiden und als Speisefactoffel auf den Markt zu bringen oder sie der Kartoffelrodung zuzuführen.

Im Hinblick auf andere Vorgänge, die mit dieser Frage im Zusammenhang stehen, können wir uns der Annahme nicht erwehren, daß für das Reichsamt des Innern die Interessen der Produzenten ausschlaggebend gewesen sind, und zwar in einem Maße, daß dadurch die Volksernährung schwer gefährdet worden ist.

Es ist dem Reichsamt des Innern bekannt, daß die Trocken-Kartoffel-Verwertungs-Gesellschaft ihre Produktion einschränkte, angeblich, weil sie nicht in der Lage war, die notwendigen Kartoffeln für ihre Fabrikation aufzutreiben. Die Folge ist, daß gegenwärtig viele Mädereien in Berlin — darunter einer der größten Mädereibetriebe, wie uns zuverlässig berichtet wird — Brot wieder aus reinem Roggen backen, weil die Spekulationen der Trocken-Kartoffel-Verwertungs-Gesellschaft verhindert, daß Kartoffelmehl oder Kartoffelflocken geliefert wurden. Was nützen Verordnungen, die unsere Roggenvorräte strecken sollen, wenn sie nicht durchgeführt werden?

Dem Reichsamt des Innern ist bekannt, daß die Gesellschaft an-gab, sie könne keine Kartoffeln erhalten. Demgegenüber ist doch wohl die Frage erlaubt: Warum wurde nicht unter Anwendung des Ge-etzes vom 4. August 1914 der Verkauf vorhandener Kartoffeln er-zwungen? Es war dringend notwendig, daß es geschah im Inter-esse der Volksernährung. Dieses Interesse ist gewiß wichtiger, als das der Großgrundbesitzer und der Großhändler, die den Eingriff in ihre Interessensphäre wohl nicht empfunden haben würden, deren Tran-saktionen jedoch eine Zurückweisung verdienen, nicht aber eine Förde-rung. Wäre vom Reichsamt des Innern von der Bestimmung des Gesetzes Gebrauch gemacht und der Verkauf vorhandener Kartoffel-bestände zu den Höchstpreisen angeordnet worden, so wäre den Be-mühungen der Trocken-Kartoffel-Verwertungs-Gesellschaft, der Preis-treiber mit starkem Druck nachzujessen, das Handwerk gelegt ge-wesen.

Es besteht aber auch nach einer andern Richtung hin Anlaß, der Trocken-Kartoffel-Verwertungs-Gesellschaft mehr auf die Finger zu setzen. Das Geschäftsgeschehen dieser Gesellschaft übersteigt alles, was im kaufmännischen Verkehr und im kapitalistischen Betriebe uns bis-her begegnet ist. Die Gesellschaft verlangt von jedem, der mit ihr in Geschäftsverbindungen tritt, eine Kaution, die im niedrigen Betrag 10 000 M. beträgt. Die Groß-Einkaufsgesellschaft der Konsumvereine mußte eine Kaution von 50 000 M. hinterlegen; von der Berliner Einkaufsgesellschaft der Wädereien werden 20 000 M. verlangt. Dieses Geschäftsgeschehen schließt alle Kleinbetriebe als Abnehmer aus und stellt Geschäftsbedingungen auf, die selbst bei den schärfsten Aus-wüchsen der Kartell- und Trustbestrebungen sich nicht hervorgewagt haben.

Es ist uns feinerzeit im Reichsamt des Innern mitgeteilt wor-den, daß die Gesellschaft unter der Kontrolle des Reichsamts des Innern stehe. Wenn die Kontrolle indessen nicht schärfer ausgeübt wird und energisch zugreift, dann wäre es besser, das Reichsamt des Innern überließ der Gesellschaft selbst die volle Verantwortung für ihr Tun. Wahrscheinlich würde sie dann mehr Rücksicht nehmen auf kaufmännischen Brauch und auf die Deffinitivität als jetzt, da sie sich durch die staatliche Aufsicht gedeckt weiß.

Wir wollen zum Schluß darauf hinweisen, daß wir uns eine ein-gehende Kritik der Maßnahmen für die kommende Reichstags-tagung vorbehalten. Wir müssen aber jetzt schon in entschiedener Weise gegen alle Unternehmungen und Bestrebungen Verwahrung einlegen, die unter dem Vorzeichen der Sicherstellung unserer Volksernährung zu betreiben, Profitinteressen wahrnehmen.

Mißbrauch eines Erlasses des kommandierenden Generals.

Der kommandierende General des Bezirkes Münster i. W. ver-öffentlichete am 28. Februar 1915 folgendes: Es ist zu meiner Kenntnis gelangt, daß die Bekanntmachung vom 15. Februar 1915 betreffend Einstellung von solchen Arbeitern in die Truppe, die ihre Arbeit bei einer für das Heer oder die Marine arbeitenden Stelle niedergelegt haben, von vielen Seiten mißverstanden oder viel allgemeiner auf-gefaßt worden ist, als es bezweckt war. Sie betrifft lediglich die-jenigen Arbeiter, die an sich militärpflichtig und zum Heeresdienst einberufen, dann aber zur Arbeitsleistung in einem bestimmten Betriebe zurückgestellt worden sind, weil ihre Arbeit in diesem der Heeresverwaltung augenblicklich wich-tiger erschien als der Dienst mit der Waffe. Darum folgt ohne weiteres, daß, wenn der Arbeiter durch eigenmächtiges Verlassen dieser bestimmten Arbeitsstelle den Zweck der Heeresverwaltung ver-zieht, für diese der Anlaß fortfällt, ihn weiter zurückzustellen, so daß er nunmehr in den Dienst mit der Waffe zu treten hat.

Hiernach beabsichtigt der Erlass weder in die Lohn- oder sonstigen persönlichen Verhältnisse einzugreifen, noch etwa die Beziehung zu den Frauen anzudrücken, sondern lediglich die Rechtslage derjenigen Arbeiter festzustellen, die für bestimmte Betriebe rekrutiert sind. Der Erlass tut dies mit einem Hinweis auf die patriotische Stimmung der Arbeiterschaft, im Interesse eines stetigen Fortganges der Lieferungen der Heereinheiten in der jetzigen Stellung anzuharren, da mit jedem Wechsel eine Verzögerung der Lieferungen verbunden ist.

Andererseits sind die Regimentskommandos angewiesen, vor Ein-stellung eines für eine bestimmte Fabrik rekrutierten Arbeiters in das Heer die Gründe zu prüfen, die zum Austritt des Mannes aus seinem Dienstverhältnis geführt haben, und wenn nötig darüber an das Generalkommando zu berichten.

Wie ein deutscher Arbeiter das belgische Volk sieht.

Die Chemnitzer Volkstimme teilt in ihrer Nummer 42 vom 20. Februar folgenden Selbstgespräch eines ihrer Redaktionsmänner mit. Der seit mehr als einem Jahrzehnt als Sanitäter in Belgien tätig ist. Es ist ihm dazu auch ein klein wenig von Metalarbeitern die Rede. ... Es sind hier, wie bekannt, hauptsächlich zwei Gattungen von Menschen vertreten: das flämische und das französische Element. Die Frauen sind der deutsche Stamm, ihre Sprache aber ist der deutsche jezt. Es ist ein Gemisch von Deutsch, Flämisch und Englisch. Der eine von den drei Sprachen spricht, versteht das flämische bei langsamem Sprechen ganz oder ziemlich gut. Aller-dings gibt es auch Gegenden, wo jezt flämisch gesprochen wird, das heißt Dialekt, auf Dörfern, aber auch in Städten. So hat zum Beispiel in Courtrai ein Viertel, das langsam keine eigene Sprache oder wenigstens keine eigene Dialekt spricht, so daß selbst Einwohner aus dem entgegengesetzten Viertel der Stadt das so-genannte Korträchische flämisch sehr schlecht verstehen. In Courtrai ist noch viel viel französisch. Die Gehilfen — ja der Wort ist noch viel zu tag — alle nur halbwegs Gebildeten in den belgischen Franzosen. Dazu kommt, daß von Belgien nicht einwohner nach Nordfrankreich auswandern und dort in Fabriken gehen und umgekehrt auch viele Franzosen nach Belgien kommen, ein Wander-verkehr wie etwa zwischen Sachsen und Sachsen.

Wollte man aber Belgien und Nordfrankreich vergleichen, dann läßt Frankreich noch bedeutend hinter Belgien zurück in bezug auf Reichhaltigkeit und Ordnung. Auf reinen Zahlen durch Vergleich-reich habe ich mich oftmals geübt, ob das wirklich französisch ist. Ich habe mich auch von den französischen Dörfern mehr vorgebildet. Aber es lag alles auf dem Fuß, daß schon lange lang! Man ist es ja deutlich, daß der Krieg nicht allem an aller Aufnahmefähigkeit schuld war. Kein Gutes, kein Danks, keine Lär, kein Gutes in Ordnung. Sei, was haben wir da in unserer Umgebung für

schmucke Gehölze! Ich führe das Erzgebirge gerade wegen der Armut an, die in Nordfrankreich auch zu Hause ist. Ich kann mir nicht helfen: ich bin zu der Ansicht gekommen, daß der Franzose wenigstens in dieser Gegend faul und nachlässig ist.

Und das hat auf Belgien schwer übergegriffen. An Sanberkeil mangelt es auch hier. Die Frauen können in großen keinen Bel-gleich mit unseren deutschen aushalten. Wächst sich früh eine Bel-gierin, so nimmt sie ein Käppchen, senket es an und reißt den Schmutz im Gesicht breit. Die Haare hängen den Belgierinnen mit wenig Ausnahmen struppig um den Kopf herum. Die Holzschuhe (Kluff) sind allgemein verbreitet, Lederchuhe werden nur von den feinen Belgiern getragen. Das Arbeiten haben die belgischen Landeskinder auch nicht erfunden. Die Felder machen zwar einen peinlich sauberen Eindruck. Aber das ist auch alles. Die Industrie, überhaupt die Geschäftlichkeit aller Handwerker sieht bedeutend hinter der in Deutschland zurück. So haben wir zum Beispiel dem besten Klempner und Schlosser in S. das Eisenmühlchen tropfender Wasserhähne lehren müssen. Wir sollten unbedingt einen neuen Wasserhahn angeschlossen, da nichts mehr zu machen wäre, um den alten wieder zu reparieren. So ging denn ein Schlosser von uns Sanitätern mit in die Werkstätte und lehrte den belgischen Meister diese Arbeit. Ganz erlaubt rief das wackerere Meisterlein dann aus: 'De Duitse hult verke, veel kent van de Duitse!' Und die Feilscher! Bisher hat man in Belgien fast gar nicht verstanden, Wurst zu machen. Viel Fleisch hat man weggeworfen, was wir zu Wurst verarbeiten. Seit einigen Wochen haben die belgischen Fleischer das Wurstmachen ge-lernt und freuen sich nun, so sparsam mit dem Fleisch umgehen zu können. Schrecklich un bequem sind auch die Türschlösser und Fenster-verschlüsse. Da wird sich viel ändern nach dem Kriege.

Über wie gelangt es kommt viel von dem nachlässigen Charakter der Belgier. Etwas machen oder machen lassen, wenn's kaputt ist, fällt gar keinem ein. Wenn's nur hängt! Die Belgier wollen nicht gern arbeiten, aber lieber viel trinken und rauchen. Kleine acht- bis zehnjährige Knaben schlendern reichend durch die Stadt und betteln: 'Gen Panning oder etwas lo smaken (rauchen)'. Das Herausputzen des Tabakfasses ist wohl die häßlichste Gewohnheit der Belgier. Wo sie stehen oder gehen und sitzen, spritzen sie die unappetitliche Flüssig-keit durch die Zähne, die meist sehr schön weiß und besonders bei den Frauen gut sind. Das haben sie uns voraus: gute Zähne! Und das macht auch die Belgierin schön, trotz des ihr oft anhaftenden Schmutzes! Eine weitere schlechte Angewohnheit der Belgier ist das gruppenweise Herumlungen und -Lehnen. In den ersten Tagen meiner Fahrt durch Belgien hielt ich es für Neugierde, um uns Ankommende betrachten zu können; jezt weiß ich, daß es National-eigentümlichkeit ist. Meist in Reihen lehnen sie sich an Barrieren, teilnahmslos, manchmal lapid vor sich hinblinzelnd. Die Männer kommen mir überhaupt etwas degeneriert vor; jedenfalls ist das viele Rauchen und Trinken schuld. Weil keine Konzeptionserlaubnis nötig ist, gibt es hier juchbar viel Kneipen: Spannet heiß: es auf französisch. Das die deutsche, besonders aber die sächsische Jugend so fesselnde Tanz ist kein Saal vorhanden. Kein Wunder, daß sich die Jugend nur mit Trinken und Spielen beschäftigt! Die Hauptarbeit freitags ist der Kirchgang.

Indessen wäre es unrecht, wenn man den Belgier als schlechten Menschen verurteilen wollte. Er ist im großen ganzen gutmütig und verträglich. Er lebt sehr einfach und in sehr bescheidenen Verhält-nissen, mit Ausnahme der paar Jahr gut Situierten. Über die Gast-freundschaft kann ich auch nicht klagen. Hin und wieder hat man mich, selbst wenn ich mit Bons einlaufen ging, zum Kaffee geladen. Und wird mal einer nervös, wenn man immer und immer wieder ohne Geld kommt und Waren wegkollt, so ist das verständlich.

Was die Sittlichkeit anlangt, so ist auch hier Deutschland voran! In ganz kleinen Ortschaften ist das veritete Vorbildwesen vertreten, allerdings sagen die Einheimischen, daß das nur der Krieg mit sich gebracht habe. Vor kurzem ist deshalb von der deutschen Behörde in einem Nebenort von S. eine Kneipe geschlossen worden und vorige Woche war das hier in S. der Fall. Die Frauen aus solchen Kneipen müssen sich nun unterziehen lassen, und um der Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten vorzubeugen, muß zum äußersten gegriffen werden. Kurz und gut: alle Folgen von vielem Alkoholgenuss: Stumpf-sinnigkeit, Faulheit, Gleichgültigkeit, Unsauberkeit, Unflirtlichkeit und was noch alles sich zeigt in Belgien. Man hat aber auch neuerdings begonnen, dem Alkoholgenuss Einhalt zu tun, indem man auflärende Plakate verbreitet. Das wird aber noch lange dauern, ehe die Bewohner zur Einsicht kommen. Da muß zunächst ein energischer Schulzwang eintreten und die Organisation der Arbeiter ihr mög-lichstes tun.

Die Beeinträchtigung der freien Hilfskassen.

Die Reichsversicherungsordnung hat bekanntlich einschneidende Vorschriften über die Wirksamkeit der früheren freien Hilfskassen als Ersatzkassen getroffen, die unter anderem darin bestehen, daß un-beschadet der Mitgliedschaft von Versicherten in den Hilfskassen die Unternehmer an die zuständige Zwangs-kasse ein Drittel der Kranken-laffenbeiträge abzuführen haben. Es ist nur nach § 518 der Reichs-versicherungsordnung die Einschränkung gemacht worden, daß die Kranken-kassen an die Ersatzkassen, jeztige Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, der eingehenden Beiträge abzuführen haben, wenn der Bundesrat anordnet, daß diese Abführung geschehen soll. Eine solche Anordnung kann aber nur ergehen, wenn es sich um die Ersatz-kassen handelt, deren Mitglieder überwiegend aus Handlungs-gehilfen, Bureauangestellten, Zieglern oder anderen Versicherten bestehen, in deren Beruf ein hängiger Wechsel der Beschäftigung von Ort zu Ort üblich ist.

Nach den amtlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamts sind nun bis Ende 1914 im ganzen 64 Ersatzkassen zugelassen worden. Von diesen sind 23 Zieglerkassen, 17 zentralisierte Ersatzkassen für Kaufleute und Bureauangestellte, 15 Kassen mit lediglich örtlicher Wirkung, 9 frühere Hilfskassen der Arbeiterschaft und eine Werk-meisterkasse.

Eine Anordnung nach § 518 ist nun aber nach dem Zentralblatt für das Deutsche Reich bis jezt erst für 43 Kassen ergangen. Von diesen begünstigten sind 20 zentralisierte oder lokale Ersatzkassen für Kaufleute und sonstige Angestellte, 20 Zieglerkassen, eine Schiffe-kasse in Breslau, eine Buchdruckerkasse in Hannover und die Gärtnerkassen in Hamburg.

Es läßt sich also nicht verkennen, daß die bei der Reichs-versicherungsordnung beabsichtigten Zwecke nach dieser Richtung hin erreicht worden. Der § 518 der Reichsversicherungsordnung hat zu einer einseitigen Begünstigung der in ihm erwähnten kaufmännischen und Zieglerkassen geführt und alle übrigen Kassen, die sich noch durch die Reichsversicherungsordnung retten konnten, schwer benachteiligt.

Vom Ausland.

Frankreich.

Wird eine von Arbeitsmangel vor kurzem durchgeführte Untersuchung über den Umfang der Wiederaufnahme des wirtschaftlichen Lebens hat eine geringe Besserung des Arbeitsmarktes fest-gestellt. Die amtliche Statistik hat sich auf 21 676 Betriebe erstreckt, die in regelmäßiger Zeit 1 070 083 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Dabei wurde gefunden, daß im August, nach Ausbruch des Krieges, etwa die Hälfte dieser Betriebe geschlossen worden und die Zahl der dann Beschäftigten sich um mehr als zwei Drittel verringerte. Schon im Oktober sei die Lage besser geworden, denn die Zahl der arbeitenden Betriebe habe sich im Vergleich mit den Zahlen vom August um 28 Prozent erhöht, und die in eichgestellten Personen um 35 Prozent. Im Januar sei eine weitere Besserung eingetreten, die das Verhältnis gegen den Monat August um 43 für die arbeitenden Betriebe, und um 83 Prozent für die beschäftigten Personen erhöhte. Demnach sind also im Januar von den erfassten 21 676 Betrieben etwa drei Viertel wieder in Tätigkeit und von den 1 070 083 Beschäftigten vor dem Kriege arbeiten etwas über 600 000 wieder. Diese Zahlen geben jedoch noch keinen genauen Überblick über die Wiederaufnahme des

wirtschaftlichen Lebens, denn die Arbeitsinspektoren weisen in ihren Berichten darauf hin, daß auch in den offen gebliebenen Betrieben eine wesentliche Verbesserung durch die Rückkehr von verkürzter zu der regelmäßigen Arbeitszeit festzustellen sei.

Die Arbeitslosigkeit unterlag natürlich, je nach den Betrieben, großen Schwankungen. Am geringsten war sie in der Nahrungs-mittelbranche, in der von den Betrieben nur etwa 10 Prozent ge-schlossen wurden. Größer war sie in der Metall-, Textil- und Lederindustrie und am größten bei den Buchdruckern, Bauarbeitern, der Bekleidungsindustrie und vor allem in der Edelmetallindustrie. Im Durchschnitt stellt sich im Januar 1915 für alle erfassten Betriebe nach Abzug der zum Heer Eingezogenen die Zahl der Beschäftigten auf 20 Prozent niedriger als zu regelmäßiger Zeit. Dies bedeutet also, daß noch ein Fünftel aller Arbeiter und Angestellten arbeitslos ist. Eine ungeheure Zahl, die die Bemühungen der französischen Regierung zur Wiederbelebung des wirtschaftlichen Lebens begreiflich erscheinen lassen. Der Unterschied zwischen der Zahl der Beschäftigten vor dem Kriege und im Januar 1915 nach Abzug der zum Heeres-dienst Eingezogenen stellt sich für die einzelnen Berufe folgender-maßen: Nahrungsmittel 3 Prozent, Transport 5 Prozent, Metall-in-dustrie 7 Prozent, Lederindustrie 10 Prozent, chemische Industrie 14 Prozent, Textilindustrie 16 Prozent und im Gaudel 19 Prozent. Für die Buchdrucker, Bauarbeiter, Edelmetallarbeiter und Schneider beträgt die Arbeitslosigkeit weit über 20 Prozent.

Diese amtlichen Feststellungen werden nunmehr regelmäßig vor-genommen und sie sollen einen Gradmesser für das wirtschaftliche Leben Frankreichs bilden. Die nächste findet im April dieses Jahres: Für die durch den Krieg hervorgerufene große Arbeitslosigkeit scheint die Frage der Regelung der Arbeitsvermittlung in Frankreich wieder in Fluss gebracht zu haben. Bisher bestanden in württembergischen städtischen, Unternehmern, Arbeiter- und ge-schäftsmäßige Arbeitsnachweise, die alle schlecht oder gar nicht arbeiteten, und die vor allem keine Übersicht über den Arbeitsmarkt gestatteten. Dem soll nunmehr abgeholfen werden durch die Gründung einer Landesarbeitsnachweise mit dem Sitz in Paris und mit Unter-abteilungen in den verschiedenen Landesteilen. Ob sich jezt im Kriege diese Organisation durchführen lassen wird, kann bezweifelt werden, aber jedenfalls bedeutet der in den nächsten Tagen der Deputiertenkammer zugehende Entwurf des in sozialen Fragen sehr unterrichteten Herrn Godard einen erfreulichen Schritt nach vorwärts.

Eingegangene Druckschriften.

Sozialdemokratische Kriegsliteratur. Die Reden der Reichs-tagsgedevneten Karl Hildenbrand und Wolfgang Heine, die vor kurzem in Stuttgart in einer öffentlichen Versammlung ge-fallen wurden, sind soeben in einer vom Verlag der Schwäbischen Tageszeitung in Stuttgart herausgegebenen Broschüre im Wortlaut nach stenographischer Aufnahme erschienen. Karl Hildenbrand sprach über die Kriegszustände des Deutschen Reichstags und begründete die Abstimmungen der sozialdemokratischen Kriegs-tagssraktion über die Kriegskredite am 4. August und 2. Dezember. Wolfgang Heine sprach eingehend über die politische Zukunft Deutschlands und die Sozialdemokratie. Einzelne Teile der Heine'schen Reden sind nach verkürzten Berichten schon Gegenstand von Erörterungen in der Parteipresse gewesen. Es wird daher den Genossen nur erwünscht sein, diese Reden nunmehr in zuverlässig wiederergegebenen Wortlaut kennen zu lernen und die dagegen erhobenen Einwände auf ihre Berechtigung hin nachprüfen zu können. Der Preis der 48 Seiten starken Broschüre ist 20 J.

Verbands-Anzeigen.

- Mitglieder-Versammlungen.**
... allen Versammlungen werden Mitglieder aufge-n.)
Samstag, 13. März:
Langensalza. Ob-Felseneller, halbs.
Donnerstag, 18. März:
Damburg-Witona-Garb. (Feilen-arbeiter.) Baute, Gese Kofhölzen und Neustädter Straße, 8 Uhr.
Freitag, 19. März:
Hannover (Mechaniker). Gewerkschaftshaus, halb 9 Uhr.
Samstag, 20. März:
Hofda. Vorwärts, halb 9 Uhr.
Hofda. Brünn v. Preußen, 4/9.
Wunsian. Deutsches Haus, halb 9.
Köthen. Goldener Engel, halb 9.
Merseburg-Schafstädt. Winger, 9.
Ehdeburg. Alter Schützenhof, halb 9.
Pöhlstedt. Th. Fellers Hof, halb 9.
Sonntag, 21. März:
Merseburg-Neumark. Balkowiad, Bendorf, 4 Uhr.
Samstag, 27. März:
Dresden. (Heizungsmont.) Volkshaus, kleiner Saal, halb 9 Uhr.
Sonntag, 28. März:
Stuttgart n. Hing. Schwabenbräu, Cannstatt, nachm. 2 Uhr. General-
- versammlung. Geschäftsbericht vom Metalarbeiterheim. Stellung-nahme zum Verbandstag. Anträge, die in dieser Generalversammlung behandelt werden sollen, sind bis zum 20. März der Verwaltung schriftlich einzuweisen. Zutritt nur gegen Vorzeigen d. Mitgliedsbuchs.
- Bekanntmachungen der Orts-verwaltungen u. dergl.**
Berlin. Heiligfeld wird nur morgens von 9-10 Uhr oder nachmittags von 4-5 Uhr, Aufenthaltunter-suchung nur von 9-10 Uhr morgens ausbezahlt.
Durg. Karl Groth, Schlosser, 19 J., Lungentuberkulose.
- Wilhelm Böls, Hilfsarbeiter, 33 Jahre, Lungentuberkulose.
Freiburg. Arthur Schimmel, Me-chaniker, 21 Jahre, Mierlenleiden.
Groß-Rohr. Richard Schimmer, Schlosser.
Genua a. M. Jean Anton Pfeifer, Kettenmacher, 58 J., Zwerchfellleiden.

An die Ortsverwaltungen.

Ans Rücksicht auf den knappen Raum und ferner darauf, daß der Verbandsvorstand eine besondere Ehrung für die im Kriege gestorbenen Kollegen plant, stellen wir im Einverständnis mit dem Vorstand die weitere Veröffentlichung von Namen gefallener Kollegen ein.
Die Schriftleitung.

Sonstige Anzeigen.

- ... tüchtigen Feilenhauer such-Geinrich Kadner, Eutingen.
... tüchtige Maschinenbauer auf Pfaffenhof, H. Frenzen oder Jenjes sofort gesucht. Militärzeit.
Otto Bauer, Sobeln i. S.
Gesucht in dauernde Stellung ... selbständige
Werkzeugmacher auf Schmitte und Stangen.
Krahl & Groß, Heilsbrunn a. R.
... tüchtige, möglichst militärfreie Drahtflechter für 4. und 5. Klasse Brauchgefläch zum sofortigen Eintritt gesucht. Gehalt evtl. Entlohnung als Vorarbeiter. Drahtwerk Bernh. Köster. Offen-Rabr. Stolpenbergstr. 26.
... tüchtigen Feilenhauer sucht R. Beresford, Berlin N. 31, Gartenstr. 48.
... tüchtige Feilenhauer auf große Bastard- u. Schliffstücken für dauernde Arbeit gef. Fr. W. H. Hüping, Feilenhauer, Witten a. d. Ruhr, Ränzstr. 60.
... mehrere Maschinenhelfer tüchtige zum sofortigen Eintritt gesucht. Schriftl. Angebote an die S. Böhsig Aktiengesellschaft, Köln-Sollhof.
... Große Maschinenbr. bei Hamburg sucht tücht. Kupferstecher. Schriftl. Angebote an die S. Böhsig Aktiengesellschaft, Köln-Sollhof.
... gut. Arbeiter u. Metallarbeiter zum sofortigen Eintritt gesucht. Off. u. Requisitionsschriften u. Ang. d. Militärber. a. Garburger Eisen-u. Bronzewerk, Garburg 3. Samtg.
... guttuhende Stellung sofort gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften an Carl Kell. Jena.
... zuverlässige Anreißer, Schmiede u. Schlosser bei bester Bezahlung zum sofortigen Eintritt gesucht. Angebote unter An-gabe des Alters und der bisherigen Beschäftigung sind zu richten an die Vogtlandische Maschinenfabrik, A. G., Rauten i. B.
Druck und Verlag von Alexander Schlichte & Cie., Buchdruckerei und Verlag, Stuttgart, Rötstraße 16 B.